

Rede zum 1. Mai 2023

**Partei ergreifen für eine Politik, die den Menschen mit mehr Respekt begegnet -  
Die Macht der Finanzmärkte brechen, die Politik der Verantwortungslosigkeit  
beenden, Ungleichheit und Armut bekämpfen**

Der Bund und die Nationalbank haben bekanntlich die Credit Suisse mit Garantien und Krediten im Gesamtumfang von 259 Milliarden Franken gerettet. Das haben inzwischen wahrscheinlich alle mitbekommen. Es ist bereits die zweite Bankenrettungen innert 15 Jahren in einem Land, das einmal so stolz war auf die Stabilität seines Finanzplatzes. Diese Zeiten sind offensichtlich vorbei. Ich glaube sogar, wir erleben gerade die Tage oder die Wochen, in denen der Schweizer Bankenplatz definitiv von einem Stärken zu einer Bedrohung für dieses Land und seine Demokratie wird. Habt ihr genau hingehört, wie der Bundesrat begründete, dass er am 19. März mit Notrecht gehandelt hat, also am Parlament und am Volk vorbei und unter Ausschaltung der eigentlich geltenden Gesetze? Finanzministerin Karin Keller-Sutter hat die Antwort nie verheimlicht: Wegen der "Reaktion", wegen der "Nervosität" und der "Verunsicherung" auf den Finanzmärkten. Als wären diese "Finanzmärkte" eine leibhaftige Person. Als wäre es ein rachsüchtiger Gott, dem Opfer darbringen muss, damit er nicht in Panik gerät und unsere ganze Volkswirtschaft zerstört. Wohlgermerkt Panik, nicht, weil auf diesen Finanzmärkten ein Naturereignis eintreten könnte, wie vielleicht die Pandemie war. Sondern Panik davor, dass eine normale, demokratische Debatte über das für und wider einer erneuten Bankenrettung den Anlegern auf den Finanzmärkten nicht passen könnte. Das muss man sich auf der Zunge vergehen lassen. Und dann stellt sich schon die Frage: Wer hat eigentlich je gesagt, diese ominösen "Finanzmärkten" dürften mitreden, wie und ob die vom Schweizer Parlament gewählte Regierung eine Bank rettet oder nicht?

Dieses Jahr feiern 175 Jahre Geburtstag der ersten Bundesverfassung der Schweiz. Sie entstand 1848 nach dem Bürgerkrieg, als sich das Land auf den Weg machte Richtung Demokratie. Es war lange keine vollendete Demokratie, denken wir nur schon an das Frauenstimmrecht, das noch über 120 Jahre auf sich würde warten lassen, aber es war für die Zeit von damals ein mutiger Schritt. In der heute gültigen Version der Bundesverfassung steht in Artikel 5 Absatz 1 folgender Satz: "Grundlage

und Schranke des staatlichen Handelns ist das Recht". Das ist logisch: In unserer Demokratie bestimmt das Volk mittels Wahlen und Abstimmungen welche Gesetze gelten sollten. Die Regierung muss dann diese Gesetze umsetzen und darf sie nicht übertreten. Nirgendwo in der Bundesverfassung steht aber, dass die internationalen Finanzmärkte oder die Grossbanken da ein Wort mitzureden hätten. Aber genau das ist heute der Fall, wie uns das CS-Desaster sehr plastisch vor Augen führt. Der Fall Credit Suisse zeigt, dass wir heute nicht in einer vollkommenen Demokratie leben, sondern in einer stark beschnittenen Demokratie, um es noch deutlicher zu sagen: Es ist eine Demokratie in Geiselschaft der Grossbanken und der Finanzmärkte. Wenn wir eine Lehre ziehen wollen aus der zweiten Bankenpleite der letzten 15 Jahre, dann es ist das. Das genau das nicht mehr passieren darf. Das wir nicht mehr zulassen dürfen, dass unsere demokratische Selbstbestimmung durch diese Manager und ihre Konzerninteressen beschnitten werden können. Das sind, wenn schon, die fremden Richter, die endlich von der Politik kontrolliert gehört und nicht umgekehrt.

### ***Die Kultur der Verantwortungslosigkeit beenden***

Verantwortlich ist natürlich mal wieder niemand. Ich meine, wir bringen unseren Kindern bei, dass man nicht durchs Leben gehen kann, ohne Fehler zu machen. Aber dass es darauf ankommt, ob man bereit ist, zu Fehlern zu stehen und daraus zu lernen. Wo sind sie jetzt die Manager, die hinstehen? Wo sind jetzt all' die schwerbezahlten Verwaltungsräte, die uns jahrelang vorgejammert haben, wie viel Verantwortung sie tragen würden für die Wirtschaft? Wo sind all' die selbsternannten Leistungsträgerinnen und Leistungsträger, wenn es darum geht für nicht erbrachte Leistung gerade zu stehen? Wo sind sind all' die Expertinnen und Experten, die seit Jahren die Deregulierung der Wirtschaft predigen jetzt? Wo sind jetzt die bürgerlichen Parteien, die genau diese Politik des "laissez faire" jahrelang durchgesetzt und verteidigt haben, obwohl es klar war, dass genau das die nächste Krise produzieren würde?

Ich kann euch genau sagen, wo sie sind. Sie sind bereits wieder schwer beschäftigt. Schwer beschäftigt damit dafür zu sorgen, dass genau nichts passiert. Es ist keine zwei Monate her, dass die Credit Suisse gerettet werden musste und schon hatte ich diese Woche als Parlamentarier einen Brief des Branchenverbandes Swiss Banking

im Briefkasten, der darum bittet, dass man jetzt bitte nicht sofort regulieren sollte - kein Witz. Und es ist unglaublich, was jetzt bereits wieder hinter den Kulissen läuft. Sie verzögern, sie blockieren, sie tun alles in den Kommissionen, damit genau nichts passiert. Genau die gleichen, die jedes Mal wenn es um Arbeitslose geht, um Flüchtlinge, um Familie, die einen Kita-Platz suchen das immer gleiche Gebet der Eigenverantwortung wiederholen versuchen jetzt dafür zu sorgen, dass ihre Freunde vom Paradeplatz genau gar keine Verantwortung übernehmen müssen. Damit dürfen sie nicht mehr durchkommen, Kolleginnen und Kollege. Diese Kultur der Verantwortungslosigkeit für die Chefetagen, diese bürgerliche Politik der Verantwortungslosigkeit muss ein Ende und genau darum braucht es im Herbst endlich neue Mehrheiten.

### ***Ungleichheit und Armut bekämpfen***

Was diese Finanzmärkte so mächtig macht, ist einfach: Zu viel Geld. Zu viel Geld in zu wenigen Händen. Zu viel Geld, in zu wenigen Händen, das zu schnell von hier nach da verschoben werden kann. 32 Milliarden Schweizer Franken an Boni hat das sich das Pleite-Management der Credit Suisse seit 2013 ausbezahlt. Also 32 mit neun - ! - Nullen. Und das ist nur ein Beispiel. Und das ist nur ein Symptom. Seit Jahren kennt die Selbstbereicherung des Top-1% auf Kosten aller anderen nur eine Richtung: Immer mehr Vermögen ist bei ganz wenigen konzentriert, in der Schweiz ist die Vermögenskonzentration inzwischen auf Weltrekordniveau angekommen. Diese Ungleichheit ist der zentrale Brandherd für die Krisen unserer Zeit. Zu viel Geld in den Händen von wenigen, das auf der Suche nach immer mehr Profiten keine Rücksicht nicht die Bedürfnisse von Natur und Menschen.

Wisst ihr, was seit 2013 auch permanent ansteigt? Die Armutsquote in der Schweiz. 17% der Schweizer Haushalte sind heute arm oder armutsgefährdet, gemessen an ihrem zu knappen Einkommen. Am stärksten betroffen sind Frauen. Das sind 1,3 Millionen Menschen. Das sind so viele Menschen, wie alle in der Hälfte der Schweizer Kantone wohnen: Beide Appenzell, Uri, Obwalden, Glarus, Nidwalden, Jura, Schaffhausen, Zug, Schwyz, Neuenburg, Basel-Stadt und Solothurn. Darunter 130'000 Kinder. Das ist ein verdammt Skandal. Ich habe vorher die Verfassung zitiert. Da steht auch drin, auf der ersten Seite sogar, dass sich die Stärke des Volkes misst am Wohl der Schwachen. Wer aber hat für diese Menschen, für diese

Kinder, die jeden Monat oder teilweise von Tag zu Tag um das finanzielle Überleben kämpfen müssen schon einmal Notrecht angewendet? Niemand. Obwohl die Bundesverfassung allen Menschen formell den Schutz ihrer Menschenwürde verspricht, haben Armutsbetroffene kaum eine Lobby, zumindest nicht bei den aktuellen Mehrheiten Rechts der Mitte in Parlament und Bundesrat. Diese Menschen kontrollieren keine Finanzmärkte oder Grossbanken. Sie können Verwaltungsratsmandate und Parteispenden vergeben - und sie werden deshalb in Bundesbern auch nicht gehört. Sie werden nicht nur nicht gehört, man schaut über sie hinweg, man blendet ihr Schicksal vollkommen aus. Jedes Mal, wenn wir in Bern etwas mehr politischen Einsatz fordern für Menschen, die kämpfen müssen um ihre Existenz, weil sie armutsbetroffen sind, weil sie die Stelle verloren haben, weil sie krank geworden, weil sie eine Behinderung haben, weil flüchten mussten, weil sie von ihrer kleinen Rente nicht leben können, weil die Familie die Krankenkassenprämien oder die Mieten nicht mehr zahlen können - und das ist inzwischen ein Massenphänomen - hat man scheinbar kein Geld in Bern. Klopfen aber die Banken und ihre Manager an, fließt das Geld wie Honig aus der Bundeskasse und den Töpfen der Nationalbank. Und es ist genau diese Respektlosigkeit vor den tagtäglichen Sorgen der Menschen, die mich so wütend macht über die politischen Mehrheiten.

Und genau hier ist die Kernaufgabe der Linken. Die Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung hat sich im 19. Jahrhundert formiert und den 1. Mai als Kampftag ins Leben gerufen, weil ihnen die Herren in den Parlamenten und Regierungen nicht zuhören wollten. Wir sind auch heute noch die politische Kraft, die genau den Menschen, die keine laute Stimme haben, ihre Stimme leihen muss. Gerade angesichts Inflation und der Klimakrise, die überall auf der Welt genau die ärmsten der Gesellschaft am stärksten treffen, ist es unsere Aufgabe das Schweigen über die Armut zu durchbrechen - auch in der reichen Schweiz. Armut zu bekämpfen ist keine Hexerei Genossinnen und Genossen, aber man muss wollen: Löhne, die zum Leben reichen, Renten, die ein Leben in Würde ermöglichen, Anerkennung der nach wie vor allem von Frauen geleisteten Erziehungs- und Betreuungsarbeit, bezahlbare Kitas, Krankenkassenprämien und Mieten statt immer mehr Profite und Steuergeschenke für die Konzerne. Armut, ist kein Schicksal, weder für die Menschen noch für unsere

Gesellschaft als Ganzes, aber es bräuchte den politischen Willen. Es wäre, 175 Jahre nach Gründung unseres Bundestaates, wahrlich nicht zu viel verlangt.

Darum gibt es den 1. Mai. Als Kampftag für alle, die sonst nicht gehört würden. Als Tag für die Würde von jeder und jedem von uns. Als Tag an dem wir darum kämpfen, dass die Politik allen Menschen - egal ob sie auf ob auf der Baustelle, zu Hause bei den Kindern, als Uni-Professorin oder als Krankenpfleger arbeiten - dass die Politik allen Menschen mit dem Respekt begegnet, den sie verdient haben.